

24 Millionen mehr im Stadtsäckel

Grundsteuer: München profitiert vom Hebesatz – Kritik von Hausbesitzern

Rudolf Stürzer vom Verein Haus und Grund München hat den Knüppel aus dem Sack gelassen: „Die Stadt hat beim Hebesatz für die Grundsteuer ordentlich zugelangt. Anstatt den vom Finanzministerium berechneten Hebesatz von 760 Prozent hat München 824 Prozent beschlossen“, sagte er bei der Jahreshauptversammlung des Vereins. Das spüle jährlich knapp 24 Millionen mehr in den städtischen Haushalt, rechnete Stürzer vor. „Mit Aufkommensneutralität hat das nichts mehr zu tun.“ Das ginge zu Lasten von Eigentümern und auch Mietern, auf die die Mehrausgaben umgelegt werden könnten. Mehrere Parteien – darunter Grüne und SPD – hatten von der Bayerischen Staatsregierung ein Transparenzregister gefordert, das es auch in anderen Bundesländern gibt. So könnten alle die von den Finanzbehörden erhobenen Hebesätze einsehen.

„Zwei Drittel unserer Vereinsmitglieder bezahlen mehr Grundsteuer als vorher“, berichtete Stürzer. Die Gründe



Die neuen Grundsteuer-Hebesätze für Hauseigentümer entpuppen sich in München als Goldesel für die Stadt.

HEINZ GEBHARDT

dafür dürften aber auch am bayerischen Flächenmodell liegen. Es sieht vor, dass Grundstücke nach Fläche und nicht mehr nach Lage bewertet werden. München bekommt daher

von Eigentümern von Innenstadt-Grundstücken weitaus weniger Steuern und hatte den Hebesatz erhöht, um weiteren Löchern im Stadthaushalt vorzubeugen. Für die Bereitschaft,

Wohnungen zu bauen, sei das ebenso kontraproduktiv wie der neue Mietspiegel, sagte Stürzer bei der Hauptversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins. „Wir ha-



Rudolf Stürzer, Chef von Haus und Grund München. STELZL

ben Zweifel an den Zahlen des Mietspiegels. Vor allem, dass die Mieten für Altbauwohnungen gesunken sein sollen, ist nicht realistisch.“

Man überlege nun, rechtlich dagegen vorzugehen, weil sich so für Eigentümer keine realistische Miete erzielen lasse. „Unsere These ist: Bezahlbares Wohnen entsteht durch Wohnungen und nicht durch Regulierungen“, so Stürzer.

GABRIELE WINTER